

Wiesbadener Neueste Nachrichten

Wiesbadener

Generalanzeiger



Organ von Staats-, Stadt- u. Gemeindebehörden.

Mittagszeitung der Stadt Wiesbaden.

Wiesbadener: In Wiesbaden und bei den umliegenden Orten...
Wiesbaden: In Wiesbaden und bei den umliegenden Orten...
Wiesbaden: In Wiesbaden und bei den umliegenden Orten...

Wiesbaden: In Wiesbaden und bei den umliegenden Orten...
Wiesbaden: In Wiesbaden und bei den umliegenden Orten...
Wiesbaden: In Wiesbaden und bei den umliegenden Orten...

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle Nikolastr. 11. Fernruf: 5515, 5516, 5517.

Geöffnet montags von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Sonn- u. Feiertags geschlossen.

Nummer 7

Freitag, den 9. Januar 1920.

35. Jahrgang

Bekanntmachung.

Die französische Behörde teilt den Schülern der „Französischen Kurse“ mit, daß dieselben am Dienstag, den 18. Jan., wieder beginnen.

Infolge des Kohlenmangels hat der Magistrat beschlossen, die Schulen nur an vier Tagen wöchentlich zu öffnen, und zwar:

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag.

Die Französischen Kurse finden also an diesen Tagen statt, die Unterrichtsstunden von Montag werden wie folgt verlegt:

Stunden am Montag	verlegt auf:
4,30-5,30	Dienstag 4,30-5,30
5,30-6,30	Mittwoch 4,30-5,30
6,30-7,30	Donnerstag 4,30-5,30
7,30-8,30	Freitag 4,30-5,30

Administration de Wiesbaden.

Commandant Toussan. 6547

Die Eisenbahnerbewegung.

Die Verhandlungen über den neuen Lohnstarif der Eisenbahner nehmen ihren Fortgang und die Aussicht auf Einigung scheint sicher. Es ist deshalb bedauerlich, daß sich in verschiedenen Bezirken die Arbeiter durch kommunistische Hetze verleiten lassen, ohne das Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten, in den Streik zu treten. Damit wird die rein wirtschaftliche Frage der Lohnherabsetzung, die auch die Öffentlichkeit als berechtigt anerkennt, auf das politische Gebiet verschoben und die größte Gefahr für unser ganzes Wirtschaftsleben heraufbeschworen. Die letzten Lohnherabsetzungen wurden den Eisenbahnern im Dezember 1918 bewilligt; ferner erhielten sie eine einmalige Beihilfe von 600 Mark, die Beamten 1000 Mark. Der Höchstlohn für gelernte Arbeiter wurde damals auf 2,40 Mark festgesetzt. Nun sollen die Löhne den inzwischen einmütigen Forderungen angepasst werden. Es ist selbstverständlich, daß eine derartige Maßnahme, die dem Staat, d. h. den Steuerzahlern, wieder Milliarden kostet, sofortig erteilt werden muß. Die Bewegung der Eisenbahner wird durch die Beamtenorganisationen zum Teil unterstützt, so in Frankfurt, wo die Beamten gemeinsam mit den Arbeitern einen Aufruf erlassen haben.

Der Gang der Verhandlungen.

Berlin, 8. Jan. (Mittl.). Die Verhandlungen über den Lohnstarif mit den Eisenbahnerorganisationen nehmen auch weiterhin einen guten Verlauf. In den letzten Tagen ist ein Einverständnis über die Bildung der Lohnordnungsgruppen in den Eisenbahndirektionsbezirken Köln, Saarbrücken, Elberfeld und Essen erzielt worden. Ferner hat eine Einigung darüber stattgefunden, daß der Unterschied im Stundenlohn zwischen den einzelnen Lohnordnungsgruppen 20 Pfennig betragen soll.

Die Entwicklung des Ausstandes.

Der Vorstand des Generalverbandes Deutscher Eisenbahnbeamten im Bezirk Elberfeld hat keine Aufforderung zum Streik gegeben, da die Berliner Verhandlungen über den Lohnstarif nicht unterbrochen sind. Auch die Arbeiterorganisationen haben weder den Generalstreik, noch den Teilstreik oder lokalen Streik angeordnet. Trotzdem hat der Streik der Eisenbahner in Düsseldorf und auf der Strecke Düsseldorf, Dagen-Hamm seit gestern an Stärke und Umfang zugenommen. Ein Teil der Unterführer hat sich deshalb an die Spitze der Streikleitung gestellt, um den Verlauf des Streiks in geordnete Bahnen zu führen. Der Beamtenschaft der Eisenbahndirektion Elberfeld hat angeordnet: Beamte und Hilfsbeamte bleiben im Arbeitertreue bis auf weiteres neutral. Die Entscheidung über die von und gestellte Forderung steht noch aus. Milch, Lebensmittel und Viehslüge fahren vorläufig unter Kontrolle. Bis jetzt ist die Haltung der Eisenbahnbeamten vorläufig noch neutral.

Die Lage im Kölner Bezirk.

Auf Anfrage der „Köln. Ztg.“ teilt die Eisenbahndirektion Köln mit, daß man für Freitag links rheinisch keine wesentlichen Störungen des Eisenbahnverkehrs erwartet. Die Bewilligung der Lohnforderungen ist allen Arbeitern telegraphisch bekanntgegeben worden. Es würde sich also nun herausstellen, ob wirklich nur Lohnforderungen der Anlaß der Bewegung gewesen sind.

2,50 M. Stundenlohn.

Gestern wurde der „Köln. Ztg.“ zufolge im Ministerium beschlossen, für den Stadtkreis Köln den Eisenbahnerarbeitern einen Stundenlohn von 2,50 M. zu gewähren. Diese Zulage stellt die Forderung der Handwerker dar, bei deren Nichtbewilligung sie streiken würden. Da diese nun bewilligt ist, darf man annehmen, daß der Streik vermindert ist.

Warnung vor politischen Hetzern.

Der Verbandsrat der sozialdemokratischen Eisenbahner Groß-Berlins veröffentlicht im „Vorwärts“ einen Aufruf an alle Eisenbahner, in dem es heißt: Die gewissenlose Hetze zum Streik, die unter der Flagge der Wirtschaftspolitik betrieben wird, ist weiter nichts als eine politische Maßnahme. Sie soll der Einführung des Räte Systems nach kommunistischem Muster auf der Eisenbahn die Wege ebnen. Ein Verkehrsstreik im jetzigen Augenblick wäre ein unverantwortliches Verbrechen am Volk. Eisenbahner! Bewahrt kaltes Blut!

Zeigt, daß Ihr Euch der Tatsache bewußt seid, daß Ihr am Wiederaufbau des niedergedrückten Wirtschaftslebens den tätigen Anteil nehmen werdet. Laßt die gewissenlosen Hetzer nicht triumphieren, umso weniger, als die Vorstände auf die noch der Beratung unterliegenden Tarife schon jetzt bezahlt werden.

Doch am Samstag.

mx. Paris, 8. Jan. (Havas.) Der Austausch der Ratifikationsurkunden wird am 10. Januar um 4 Uhr nachmittags im Ministerium des Äußeren stattfinden. Zugleich wird Herr v. Versor ein Schreiben Clemenceaus wegen des zu liefernden schwimmenden Materials übergeben werden. Die Vertreter der Mächte, die den Friedensvertrag von Versailles unterschrieben haben, werden der Unterzeichnung des Protokolls beiwohnen.

Der Oberste Rat wird am Freitag festsetzen, ob die Zeremonie des Austausches der Ratifikationen öffentlich sein soll. Er wird auch Beschluß fassen darüber, ob die Nationen, die den Vertrag nicht ratifizierten, wie zum Beispiel die Vereinigten Staaten, an der Zeremonie der Unterzeichnung des Protokolls zugezogen werden. Lord Gedrae, Nitti und Clemenceau hatten gestern ihre erste Zusammenkunft. An dem auf das Inkrafttreten des Friedensvertrages folgenden Tage, also am Sonntag, würden die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland wieder aufgenommen werden. Die Marelli wird nach Berlin abreisen, wo er Frankreich als Geschäftsträger vertritt, und v. Versor wird zweifellos Poincaré sein Beglaubigungsschreiben unterbreiten.

Diese Havasmeldung trägt ihrer Fassung nach amtlichen Charakter. Es ist also anzunehmen, daß seit gestern alle Hindernisse beseitigt worden sind, die bisher noch dem Austausch der Urkunden entgegenstanden.

Paris, 8. Jan. (Havas.) Bezüglich der für den 10. Januar bestimmten Zeremonie des Austausches der Ratifikationsurkunden glaubt der „Intransigant“ zu wissen, daß Clemenceau, der Gambon als Vertreter Frankreichs bestimmt hatte, sich im Laufe des vorgestrigen Abends entschlossen hat, Frankreich selbst zu vertreten und das Ratifikationsprotokoll eigenhändig zu unterzeichnen, um es auf diese Weise zu erröten, daß Lord George und Nitti sich ebenfalls persönlich zur Unterzeichnung des Schlußaktes einfinden. Um die Anwesenheit dieser beiden Staatsmänner sicherzustellen, war Eile geboten; Clemenceau beschloß deshalb, daß am Samstag Schluß gemacht werden solle.

mx. Paris, 8. Jan. Die „Chicago Tribune“ meldet, daß Amerika weder an der Unterzeichnung des Protokolls, an der Zeremonie des Austausches der Ratifikationsurkunden, noch an den Sitzungen, des ausführenden Rates des Völkerbundes teilnehmen wird. Der „Intransigant“ sagt, daß keine Zeichne die augenblickliche diplomatische Lage.

Die Heimkehr der Gefangenen.

mx. Ueber die Heimkehr der Kriegsgefangenen wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Stuttgart berichtet, daß nach einer Mitteilung von zuständigen amtlicher Stelle die Exzente versprochen sind, täglich 6000 Kriegsgefangene abtransportieren. Im ganzen werden 450 000 in Frankreich befindliche Kriegsgefangene zurück erwartet, die bei flotter Heimbeförderung bis Ende April abgeliefert sein können.

Wie das „Echo du Rhin“ zu berichten weiß, sollen auf Befürwortung Tirards, des französischen Oberkommandos bei der interalliierten Rheingebietskommission, die aus dem Rheinland gebürtigen Gefangenen bei der Heimbeförderung aus Frankreich, die unverzüglich einreisen werde, vorzugsweise berücksichtigt werden.

Amnestie für die besetzten Gebiete.

Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat hat beschlossen, nach der Ratifikation des Friedensvertrages eine allgemeine Amnestie für alle im besetzten Gebiet wegen Vergehens gegen Vorschriften der Besatzungsbehörde bestraften oder noch abzuurteilenden Personen zu erlassen. Die Amnestie findet auch Anwendung auf Elsaß-Lothringen und das Saargebiet.

Bulgarien.

Die letzten Meldungen aus Bulgarien besagen, daß die Regierung die Heeresreserven zu den Fahnen berufen hat. In vielen Städten haben Zusammenstöße zwischen den Aufständischen und der Polizei stattgefunden. Im ganzen Lande liegt der Verkehr still.

Der Streik der Versicherungsangestellten.

Der Beginn des Streiks im Versicherungsgewerbe ist für Berlin und das Deutsche Reich auf Donnerstag festgesetzt worden. In Berlin wurden 15 000 bis 16 000 Angestellte, die bei 60 Gesellschaften tätig sind, und im Reich 80 000 bis 100 000 Angestellte, die bei 350 Gesellschaften tätig sind, betroffen. Hierin sind die Direktionsbetriebe nicht eingerechnet. Da die Generalagenturen der Versicherungsgesellschaften ebenfalls streiken sollen, wird sich hierdurch die Zahl der Ausständigen im Reich auf etwa 150 000 bis 200 000 Personen erhöhen.

Kaiserbriefe.

Wie schon kurz berichtet, hat die englische und die französische Presse mit der Veröffentlichung einer Reihe von Privatbriefen Kaiser Wilhelms an den früheren Zaren begonnen. Die Briefe sind in Russland aufgefunden worden. Die „Vossische Zeitung“ in Berlin veröffentlicht diese Briefe, die englisch geschrieben sind, in deutscher Sprache. Des Raum Mangels wegen müssen wir uns auf Auszüge beschränken. Der wichtigste der bisher vorliegenden Briefe ist der vom 12. November 1896, in welchem der Kaiser ein Urteil über Bismarck abgibt, im Anschluß an die Ende Oktober 1896 bekanntgewordene Kündigung des Rückversicherungsvertrages zwischen Deutschland und Russland. Die Deffektivität hatte von der Kündigung dieses Vertrages nach dem Rücktritt Bismarcks durch einen Artikel in den „Domburger Nachr.“ erfahren man wußte, daß Bismarck diesem Blatte nahestand und daß er als die Quelle der Veröffentlichung anzusehen war. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Lieber Nik! ... Ich bin tief traurig über Bismarcks schreckliches Benehmen, das — obgleich es „ein Coup“ ist, der sich lediglich gegen mich persönlich richtet — nichtsweniger einen Bruch der Loyalität gegen seine Regierung darstellt und einen Flecken auf dem Gedächtnis meines geliebten Großvaters wie auf dem meines geliebten Vaters zurückläßt. Ich habe meinen Onkel, den Kaiser, bereits davon verständigt, was im Parlament zu sagen ist, und ich hoffe, du wirst zufrieden sein mit der Art, wie die ganze verräterische Angelegenheit behandelt wird. Ich nehme an, daß bei diesem letzten Schlag des Tyrannen und bei der schamlosen Art, mit der er mich in seiner Presse behandelt — insbesondere durch den Versuch, das Volk glauben zu machen, daß ich unter „englischem Einfluß“ war und es noch jetzt bin — die klaren Köpfe anfangen werden zu verstehen, daß ich Grund hatte, diesen unehrbaren Mann mit seinem niedrigen Charakter aus dem Amte zu schießen. Ich setze unbedingten Glauben in die Hoffnung, daß du mir freundschaftlich vertrauen wirst. ...

Aus den weiteren bisher veröffentlichten Briefen treten zwei Eigenschaften des Kaisers scharf hervor: einmal der Glaube an das Gottesgnadentum der Monarchie, an die göttliche Sendung der Könige, und damit in Verbindung absolutistische Reigungen und Verachtung gegen alles, was dieser seiner Auffassung zuwiderläuft; dann die Reizung, bei politischen Urteilen und Entschlüssen weniger nüchterne, vernunftgemäße Erwägungen, als romantische, aus dem Gefühl entspringende Gründe: sprechen zu lassen. Die Ausdrucksweise des Kaisers ist, wie das schon seine Handbemerkungen zu den Aktenstücken beweisen, drastisch und sehr oft nicht mit der Verantwortung in Einklang zu bringen, die auf dem Tun und Lassen eines Monarchen lastet.

Kaiser Wilhelms Stellung zur Republik und zu den Republikanern kennzeichnet folgende Stelle aus einem Briefe vom 25. Oktober 1895, bezeichnend mit der Rede „Lieber Nik!“ In diesem Brief spricht Wilhelm II. ausführlich über die russisch-französischen Beziehungen. Die politische Freundschaft zwischen England und Frankreich sei, so sagt der Brief, für ihn (Wilhelm) nicht beunruhigend.

„Beunruhigend sei“, so heißt es wörtlich, „die Gefahr, daß unserm Prinzip des Monarchismus dadurch droht, daß die Republik in der Form, wie sich die Freundschaft zeigt, auf ein Bedeckel abgehoben wird. Das bedenkliche Erscheinen unserer Könige, Großfürsten, Staatsmänner und Generale in „vollem Witz“ bei Repuben, Beisetzungen, Dinern und Rennen zusammen mit dem Haupt der Republik oder in seiner Umgebung macht die Republikaner — als solche — glauben, sie seien ganz ehrbare und ausgezeichnete Leute, bei denen Frieden verkehren und sich wie zu Hause wohl fühlen können. Was ist nun die Folge zu Hause in unseren verhassten Ländern, wo die Republikaner Revolutionäre de natra sind und mit Recht behandelt werden als Leute, die erschossen oder gehängt werden müssen? Sie lassen unseren anderen loyalen Unterthanen: „Ach, wir sind nur kleine gefährlichen, schlechten Menschen. Nicht doch nach Frankreich, da steht ihr die Republikanisten im besten Einvernehmen mit den Revolutionären. Warum sollte es bei uns nicht ebenso sein. Die Republik Frankreich ist aus der großen Revolution entstanden, propagiert deren Ideen und ist dazu verpflichtet, das zu tun. Verlaßt nicht! Faure sitzt auf dem Thron des französischen Königs, von Gottes Gnaden“, dessen Haupt der französische Republikaner abgeschlagen haben. Das Blut der Majestät liegt noch auf diesen Land! Sieh es an, ist es selbsten wieder altlich oder ruhig gewesen? Nik, nimm mein Wort darauf, der Herr Gottes hat dies Volk für immer getroffen. Und christlichen Königen und Kaisern ist die eine heilige Pflicht vom Himmel auferlegt, den Grundlag „von Gottes Gnaden“ anerkennen zu lassen. Wir wollen gute Beziehungen zu Frankreich unterhalten, aber niemals in ihm mit ihm sein. Ich fürchte immer, daß Leute bei häufigen und langen Besuchen in Frankreich, ohne es zu fühlen, republikanische Ideen einsaugen.“

Der Kaiser fordert den Zaren dann auf, er möge dafür sorgen, daß seine Generale die Republik Frankreich nicht zu gern haben.

In einem Brief vom 7. Februar 1895 spricht der Kaiser ebenfalls von den demokratisch-republikanischen Wirkungen,

die von Frankreich ausgehen. An einen politischen Vorgang in Frankreich anknüpfend, sagt der Brief u. a.:

„Der Impuls, der dadurch den Demokraten und der revolutionären Partei gegeben wurde, ist auch hier spürbar. Mein Reichstag führt sich so schlecht wie nur möglich auf. Er schwingt vorwärts und rückwärts zwischen den Sozialisten, die von den Juden angetrieben werden, und den ultramontanen Katholiken. Beide Parteien sind, soweit ich sehen kann, bald reif, samt und sonders gehäutet zu werden.“

Die absolutistische und hart gefühlsmäßige Denkart des Kaisers in politischen Dingen zeigt folgende Stelle aus einem Briefe vom 10. Juli 1895. Dessen Inhalt damals im Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit. Der Brief berichtet über ein Gespräch, das Wilhelm mit dem russischen Baron Schilling hatte. Der Kaiser schreibt:

„Ich habe mich gefreut, ihm darlegen zu können, wie eng unsere Interessen im fernsten Osten miteinander verflochten sind: daß meine Schiffe Order hatten, die denjenigen im Notfall zu unterstützen, wenn die Dinge ernst würden; daß Europa dir dafür danken müsse, daß du die große Zukunftsfrage so schnell erkannt hast die für Rußland darin liegt, seine Kaiserkrone nicht auszuweichen und das Kreuz und die alte christliche, europäische Kultur gegen Eingriffe der Mongolen und des Buddhismus zu verteidigen; daß du, wenn Rußland mit dieser riesigen Aufgabe beschäftigt sei, natürlicherweise den Wunsch hätte, in Europa Ruhe und seinen Rücken frei zu haben und daß natürlicherweise und ohne Zweifel dies meine Aufgabe sei und daß ich niemandem den Versuch erlaube, sich in meine Sachen einzumischen und sich in Europa von rückwärts anzugreifen während der Zeit, wo du die große Mission erfüllst, die der Himmel dir vorgezeichnet hat; daß sei so sicher wie das Amen in der Kirche!“

Der Kaiser hat bekanntlich auch das Gemälde entworfen, welches Europa wahrhaft eure heiligsten Güter! Der Kaiser schreibt darüber in einem Brief vom 28. September 1893:

„Die Entwicklung im fernsten Osten, besonders die von dort kommende Gefahr für Europa und unsere christlichen Glauben ist eine Angelegenheit, die mir stets sehr am Herzen gelegen hat, seitdem wir unseren ersten Schritt im Frühjahr gemeinschaftlich unternommen haben. Meine Gedanken verdichten sich schließlich zu einer bestimmten Form und ich habe diese zu Papier gebracht. Ich habe die Skizze mit einem Künstler — einem Zeichner ersten Ranges — ausgearbeitet und, nachdem sie fertig war, für die Öffentlichkeit eine Nachbildung herstellen lassen. Sie zeigt die europäischen Mächte, jede durch ihren Genius vertreten, zusammengerufen durch den vom Himmel gesandten Engel Michael, wie sie sich dem Widerstand gegen das Eindringen des Buddhismus, des Heidentums und der Barbarei zur Verteidigung einigen.“

In einem Brief vom 20. Oktober 1904 tituliert der Kaiser die Republikaner wieder mit „Puppenpöbel“ und „Fälscher“. Die französischen Staatsmänner Doumer und Delcassé sind ihm, weil sie „nicht fürchten den Kaiser“ und „nicht vertrauenswürdig genug“, ganz eigenmächtig macht Wilhelm dem Baron einen Bündnisvorschlag. Der Brief sagt: „Niemand weiß etwas von dem Vertragsentwurf, selbst nicht mein Enkelwärtiges Amt!“ An einer anderen Stelle erwidert Wilhelm dem Baron, daß er zugunsten Rußlands schwere Verantwortung auf sich genommen habe. Die Folgen einer solchen Verantwortung trägt letzten Endes das Volk.

Rundschau.

Die Bischofswahl in Köln.

Das Metropolitankapitel hat den Klerus und die Gläubigen der Diözese Köln davon in Kenntnis, daß nunmehr die Wahl eines Erzbischofs bevorsteht. Als Tag der Wahl ist der 18. Jan. bestimmt.

Der preussische Gesandte beim Papst.

Der preussische Gesandte beim Papst, v. Bergen, wurde am Mittwoch vom Papst empfangen.

Der Vertreter Frankreichs in Berlin.

Der französische Gesandte in Berlin wird finanziell sehr anständig ausgestattet sein. Nach der Nummer des „Journal officiel“ vom 19. Dez. 1919 werden ihm folgende Summen zur Verfügung stehen: Grundbesitzmiete

Kunst und Wissenschaft.

Konzerte.

Den Auftakt für das neue Jahr bildete ein Sonaten-Abend, den die Herren Konzertmeister Thomann aus Düsseldorf (Violine) und Kapellmeister Weissbach aus Posen (Klavier) am 8. Dezember im Kasino veranstalteten. Es war leider wegen anderweitiger Verpflichtungen verhindert, die beiden Herren, die früher zu den ersten Stützen unseres Musiklebens zählten, zu hören, doch wird mir versichert, daß der Abend wieder höchst genussreich verlief. Eine Wiederholung dieser beiden vorzüglichen Künstler wird sehr mit Freuden begrüßt werden. — Am Neujahrstage fand im Kurhaus unter Musikdirektor Schürichs Leitung ein Mozart-Abend statt, bei dem die 14jährige Ida Alice Brühl, eine Tochter des Violonisten im Kurorchester H. Brühl und Schülerin von Fr. Maria Rus, das A-bur-Klavierkonzert von Mozart mit sehr sauberer Technik und in verständiger Auffassung frei aus dem Gedächtnis vortrug, eine sehr respektable Leistung. Als Zugabe spielte sie dann mit ihrem Vater noch ein Mozartsches Menuett. Man wird die Entwicklung des begabten kleinen Mädchens im Auge behalten müssen und darf auf ihre weiteren Fortschritte gespannt sein.

In zwei Extra-Konzerten, im ersten mit dem Kurorchester unter Schürichs, im zweiten nur mit Klavierbegleitung, trat der vorzügliche junge ungarische Violonist Rudolf Duci von Kerejarto am 3. und 6. Jan. im Kurhaus wieder vor das glückliche Publikum. Sein Spiel ist reifer und männlicher geworden, seine Technik noch vollkommener, jedoch er zieht schon zu den ersten Vertretern seines Faches zu rechnen. Er spielte diesmal u. a. auch wieder eigene Kompositionen und zwar im ersten Konzert eine Karpaten-Suite in fünf Sätzen für Violine und Orchester. Es ist dem Komponisten darin ein durchaus eigenartiges Kolort gelungen, vortrefflich auch die Orchestration, bei der der ganze moderne Apparat nützlich, wie Cello u. a. verwendet ist. Das Soloinstrument ist ganz besonders bevorzugt und man muß das Werk vom Komponisten selbst gehört haben, mit welcher

600 000 M., Kosten des Dienstbetriebes 500 000 M., Kosten der ersten Einrichtung 400 000 M., politischer und Wirtschaftsdienst 200 000 M., Pächtdienst 1 200 000 M., Kurierdienst 200 000 M., Repräsentationskosten 1 000 000 M., Insgesamt also 28 000 000 M. Dabei ist der Franken nur zu 4 M. berechnet. Von diesen Beträgen interessiert am meisten der 20-Millionen-Fonds für politischen und Wirtschaftsdienst.

Gesetz Prof. Lammasch.

Der österreichische Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Heinrich Lammasch, der letzte Ministerpräsident der Monarchie, ist im Alter von 87 Jahren in Salzburg gestorben. Lammasch gehörte zur noblen Umgebung Kaiser Karls und hat dort eine für Deutschland sehr verhängnisvolle Rolle gespielt.

Kautskys Jüdischsein.

Das holländische Blatt „Der Volkspiegel“ behauptet, Kautsky habe für den Verkauf des Abdrucks an seinem Buch „Die Schuld am Weltkrieg“ in holländischer Sprache allein 300 000 M. erhalten. Die Summen für das Abdruckrecht in England und Amerika werden noch viel größer sein. Herr Kautsky hat sich wirklich um sein Vaterland „verdient“ gemacht.

Ablehnung der Zwangsanleihe in Holland.

Haag, 8. Jan. Die zweite Kammer hat den Antrag der Regierung auf Aufnahme einer fünfprozentigen Zwangsanleihe von 450 Millionen Gulden mit 58 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Englische Agitatoren in Schleswig.

mz. Berlin, 8. Jan. Eine Mendenburger Meldung der „Post-Zeitung“ berichtet von ansehnlich englischen Sendungen, die Anhänger für eine Republik Schleswig-Holstein unter Anführung an England zu gewinnen suchten. An zünftiger Stelle in Schleswig-Holstein ist hiervon nichts bekannt.

Ein Geschenk Amerikas an seine Verbündeten.

mz. Haag, 8. Jan. Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington: Es verlautet, daß der amerikanische Kongress die noch nicht bezahlten Zinsen der während des Krieges abgeschlossenen Anleihen erlassen wird.

Mitteilungen aus aller Welt.

Die Geheimnisse der Munitionsfabrikanten. Durch Anzeigen, die durch Bäckerverprüfungen und Zeugenvernehmungen ihre Bestätigung gefunden haben, ist ein Munitionsskandal über die A. I. ausgebrochen worden. Es handelt sich um die Munitionsfabrik Heidenberger in Frankfurt a. M., die im Krieg in großem Umfang Munition herstellte. Sie wird verdächtigt, Fälscher, die als unbrauchbar zurückgewiesen waren, trotzdem verwendet und weit höhere Bezahlungen erlangt zu haben, als sie überhaupt geliefert hat. Das war ihr natürlich nur im Zusammenwirken mit den militärischen Abnahmestellen möglich. Die Angelegenheit, die viele Kreise interessiert, hat bisher zur Verhaftung des Firmeneinhabers, seines Bruders, eines Buchhalters der Firma, eines Regierungsbauamtsleiters A. D. und eines Offiziers der betr. Abnahmestellen geführt. Weitere Verhaftungen dürften bevorstehen.

Der Kampf gegen die Schieber in Frankreich. Havas meldet: Infolge einer Untersuchung wurde der Metzger Brailon aus St. Laurent les Maçon am 4. Jan. 1920 verhaftet. Brailon, dem Speck- und Schmalzgeschäften zur Verteilung im Departement ein zugewiesen worden waren, war es gelungen, diese Lebensmittel nach Deutschland zu schaffen, und sie im inoffiziellen Gebiet zu bedeutenden Preisen zu verkaufen. Weitere Untersuchungen über ähnliche Vorfälle sind im Gange. Auf Grund einer solchen Untersuchung wurde in Mantes ein gerichtliches Verfahren gegen einen gewissen Dethière eröffnet, der sich von den Proviantämtern der Intendantur 400 000 Zentner Speck zuweisen ließ mit der Erklärung, sie den besetzten Gebieten zuwenden zu wollen. In Wirklichkeit trat er sie mittels einer Provision an einen gewissen Max Raba in Nordach ab, welcher sie in das rheinische Gebiet einschmuggelte. Dethière sowie seine Komplizen wurden in dem Saargemünder Gefängnis inhaftiert.

Kuriere als Schmuggler. Aus Stockholm wird gemeldet: Wenn schwedische Kuriere wurden wegen Schmuggels unter Anklage gestellt. Sie führten in ihren Kurierpaketen Anker und Terpiche aus Rußland mit sich und machten damit in Schweden Geschäfte.

Das Erdbeben in Mexiko. Die letzten Nachrichten aus Mexiko besagen, daß in der Provinz Veracruz ein Dutzend Städte und Dörfer durch das Erdbeben ganz oder teilweise zerstört worden sind. Die Stadt Cosahuillo sei in einem Abgrund verschwunden, und von dem ganzen Ort sei nichts übrig geblieben, als eine mit Trümmern angefüllte Grube. Gekürcinsätze in Huasteca töteten 14 Personen.

Unruhe und mit welchem warmen Ton er sein Werk heraufschob. Ein Adagio als Eintritt in die Gehirnschicht eröffnete die Suite, es folgte eine Arie, die der Künstler ganz besonders schön auf der G-Saite spielte, ein Pastorale mit allen möglichen Kunstgriffen, eine Legende mit großer Steigerung und als Finale der Dorf-Don-Juan, die unwillkürlich an Jend Hubans Oper „Der Dorfclump“ erinnerte. Nach diesem Werk spielte er noch das Bruchstück G-moll-Konzert mit eigenen Kadenzeln hindurch. Das Kurorchester begleitete unter Schürichs sehr aufmerksam und spielte als Eingang die schöne Ouvertüre „Im Herbst“ von Grieg. Auch im zweiten Konzert brachte Herr von Kerejarto drei eigene Kompositionen und zwar ein süßes Sordino-Stückchen, Kindertraum, einen graziosen Puppentanz und eine Burleske War und Moris, die mit ihren Teufeleien die Technik ihres Schöpfers in vollem Glanze erstrahlen ließ und viel Beifall erwarb. Sehr schön spielte Herr v. Kerejarto die G-moll-Suite op. 103a für Klavier und Violine von Max Reger, sowie ein altklassisches D-moll-Konzert von Tartini, ein Präludium et moderato von Pugnani und besonders temperamentvoll die Gardaschönen von Huban. In Herrn Müller-Melhorn hatte er einen sehr anscheinenden und diskreten Begleiter gefunden und an beiden Abenden stand das Volksbarometer des Publikums auf Sturm.

Auch der Verein der Künstler und Kunstfreunde erneuerte in seinem fünften Konzerte am fünften Januar im Kasino die Bekanntheit mit dem jungen hervorragenden Geiger Herrn Max Strub aus Köln, der sich hier früher bereits allseitige Sympathien erworben hatte. Er zeigte sich wieder als ganz vorzüglicher Künstler, dessen Spiel vor allem durch den schönen vollen Ton, die schlichte natürliche Auffassung und hinreichendes Temperament das Publikum gefangen nahm. Wie der Vorhänger des Vereins zu Beginn mitteilte war der beliebte künstlerische Leiter Herr Prof. Mannhardt infolge Krankheitsfall in seiner Familie verhindert, die angeforderte Klavierbegleitung zu übernehmen und Herr Eduard Budmayer aus Mainz war dafür in sehr dankenswerter Weise eingesprungen, jedoch keine Programm-Änderung nötig war. Herr Budmayer führte die

• Aus der Stadt. •

Höchstmieten.

Vom Mieter-Schutzverein wird uns geschrieben: Die von der Direktion des Haus- und Grundbesitzervereins der Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 9. Dezember 1919 in der hiesigen Presse gegebenen Auslegung entspricht keineswegs dem Sinn und Wortlaut des neuen Gesetzes. In § 6 der Anordnung heißt es ausdrücklich, daß die bis zum Erlaß der Anordnung vereinbarten oder durch die Einigungsämter festgesetzten Mieten vom nächsten Zahlungstermin nach Bekanntgabe des Beschlusses über die Höchstgrenze der Steigerung von selbst auf die zulässige Höchstgrenze sich erheben. Der Vermieter hat zu diesem Zweck wahrheitsgemäße Auskunft über die Höhe des am 1. Juli 1914 vereinbarten gemieteten Mietzinses zu geben und sogar einen etwa noch in seinem Besitz befindlichen Mietvertrag aus dieser Zeit vor der nächsten Mietzahlung vorzulegen.

Es bleibt unverständlich, wie der Haus- und Grundbesitzerverein zu der Ansicht gelangt ist, der Mieter müsse in jedem einzelnen Falle, in dem er die Miete auf den zulässigen Höchstbetrag erheben will, das Einigungsamt anrufen. Das ist ein völlig irriger Standpunkt. Das Mieteneinigungsamt tritt nur in solchen Fällen in Tätigkeit, in denen die Höhe des zulässigen Aufschlags streitig ist; in den übrigen Fällen schnell die Höhe des Mietzinses am nächsten Zahlungstermin nach der Bekanntgabe der örtlichen Höchstgrenze automatisch auf diese Grenze zurück, jedoch bei monatlicher Mietzahlung am 1. Februar 1920, bei vierteljährlicher Zahlung am 1. April 1920 der neue Mietpreis ohne weiteres zahlbar ist. Dr. A. M.

Der Unterricht beginnt in sämtlichen Schulen wieder am Dienstag, den 12. Januar.

Die Ferienordnung für die Orte mit höheren Schulen und Lehrern- (Lehrerinnen-) Bildungsinstituten der Provinz Hessen-Nassau und Waldeck für die Zeit von Ostern 1920 bis dahin 1921 ist wie folgt festgesetzt worden: Osterferien 1920 von Mittwoch, den 31. März (letzter Schultag) bis Donnerstag, den 15. April (Schulbeginn); Pfingstferien von Freitag, den 21. Mai, bis Dienstag, den 1. Juni; Sommerferien von Freitag, den 8. Juli, bis Dienstag, den 10. Aug.; Herbstferien von Mittwoch, den 20. Sept., bis Mittwoch, den 12. Okt.; Weihnachtsferien von Mittwoch, den 22. Dez., bis Dienstag, den 4. Jan. 1921; die Osterferien beginnen am Mittwoch, den 23. März.

Einschränkung des Verbrauchs von Elektrizität und Gas. Durch das Ausbleiben weiterer Kohlenlieferungen wird von heute ab, wie in dem Anzeigenteil zu ersehen ist, die Verordnung über die Einschränkung des Verbrauchs von Gas und Elektrizität verhängt.

Ausgabe neuer Zeitkarten. Laut Bekanntmachung im heutigen Blatte werden im Anschluß an die am 25. Jan. ablaufenden Zeitkarten von Samstag, den 10. Jan., ab im ehemaligen Museum neue Zeitkarten ausgegeben. Infolgedessen anderweitiger Belegung der Räume steht für diese Ausgabe nur der beschränkte Zeitraum von 6 Tagen zur Verfügung. Die Bevölkerung wird deshalb dringend ersucht, sich nicht nur genau an die für die einzelnen Monatsanfänge bestimmten festgesetzten Tage zu halten, sondern auch nach Möglichkeit die frühesten Morgenstunden ab 8 Uhr zur Abholung der Karten zu benutzen und damit belästigen, daß unliebsames Gedränge in den Mittagsstunden vermieden wird.

Neue Fleischkarten. Am Freitag dieser Woche wird die Ausgabe der neuen Fleischkarten im ehemaligen Museum endgültig geschlossen. Der bis dahin die Karten nicht abgeholt hat, erhält in der nächsten Woche kein Fleisch.

Die Verteilung von Spiritus an Minderbemittelte, die in der Regel am Monatsanfang stattfindet, muß diesmal leider auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Die das Verkaufskontor Frankfurt der Spirituszentrale schreibt, sollen die Spiritusbestände außerst knapp sein und die Erzeugung infolge Kohlenmangels und anderer in den gegenwärtigen Verhältnissen liegenden Ursachen sehr zurückgefallen. Auch sei mit schwierigen Verkehrsverhältnissen zu rechnen. Sofort nach Eintreffen der nächsten Sendung wird in den Tageszeitungen die Markenaussgabe bekanntgegeben. — Knappheit erkräftigt sich selbstverständlich auch auf Spiritus für Gewerbebetriebe.

Eine Mieterkundgebung zur Miethöchstpreisfestsetzung findet heute abend 6½ Uhr im Vauxhall am Börsenplatz für diejenigen Mieterkreise um, welche in der Monatsveranlassung nicht herbeikommen konnten. Vertreter aller Gruppen werden diesmal nicht fehlen und die Lage neu besprechen. Alle Mieter sind eingeladen.

Begleitung in ganz vorzüglicher Weise aus und wußte sich den Intentionen seines Partners vollends anzupassen. Beide Künstler begannen den Abend mit der D-moll-Sonate von Brahms, deren köstliche Schönheit sie ebenso richtig im Einklang brachten, wie die später vorgetragene in der G-dur-Sonate von Beethoven und die kleineren Sachen von Mozart, Beethoven und Pugnani, letztere drei in Kreislers Bearbeitung. Herr Strub vermittelte uns dann noch die Bekanntheit mit einer ihm gewidmeten A-bur-Sonate für Violine allein von Robert Schumann, einem hochinteressanten eigenartigen Werke. Der Komponist der auf Reager folgt, verlangt hier für das Instrument das Meistmögliche. Sehr charakteristisch ist das erste Allegro, dem ein grübelndes, langausgedehntes Adagio ein sehr eckig-lustiges Scherzo und ein leichteres Finale folgen. Sämtliche Darbietungen errangen sich auch hier den stürmischen Beifall der Hörer. W. L.

Vom Büchertisch.

Die Deutsche Regierung und der Kriegsausbruch. Einer der Bearbeiter der amtlichen Vorkriegsdaten im Auswärtigen Amt, Dr. Richard Volk, hat soeben die erste vollständige Beschreibung der Dokumente herausgegeben unter dem Titel „Die Deutsche Regierung und der Kriegsausbruch“, eine Darstellung auf Grund der amtlichen Vorkriegsdaten (Verlag von Neuman, Neudamm, Berlin SW. 48, Preis A. 4.70 und 10 Pros. Neuveranschlagung). Das die Deutsche Dokumentensammlung zur Schuldfrage als wissenschaftliches Quellenwerk enthält, dem will dieses Buch das Verständnis und die Erkenntnis der breiten Öffentlichkeit gewinnen, nicht als eine Streitschrift, sondern als ein Beitrag zur Geschichte, der den Tatsachen feststellt, die Motive aufweist, die Zusammenhänge klärt.

Neuerwerbungen.

Deia Safari! Der deutsche Jugend erzählt von General von Lettow-Borbe unter Mitarbeit von Hauptmann H. v. Aufschell. Mit einem farbigen Bild des Verfassers, 3 Kunstbeilagen u. 3 Vollbildern nach Originalen von H. v. Aufschell. Illustrationen nach in Afrika gemachten Aufnahmen des Autors und seiner Mitkämpfer sowie einer Karte von Deutsch-Ostafrika und den anliegenden Gebieten mit Angabe des Zuges der Lettowischen Truppe. In farbigem Originalumschlag. Leipzig 1919, R. S. Roedel, Verlag. Preis gebunden A. 12.50.

Comptoir General d'Alimentation
Wiesbaden, Dotzheimer Strasse 105, Telephon 5010. [7171]

**Emaillierte Geschirre,
Aluminiumgeschirre,
Vorhangschlösser,
Klosettpapier**
große Posten greifbar. Lagerbesuch lohnend.
Ernst Schulschenk,
Exporthaus Göttingen. 17172

Habe 10 gute sehr billige

Arbeitspferde

zu verkaufen.

17179

zum Preise von 10 Fla. je Pfund auf Geld D der Kartoffelarten.
Alle Kartoffelverkaufsstellen werden erneut darauf hingewiesen, daß die Entwertung der Felder sowohl auf den Verbraucher, wie auf den Gegenfärtn ordnungsmäßig auszuföhrt werden muß, widrigenfalls Ausföhrt vom Verkauf erfolgen wird.
Biesbaden, den 7. Januar 1920.
Der Magistrat. (6532)

a) im 2. Stad. Zimmer 43/45 für Haushaltungen mit Namens-
anfangsbuchstaben:
A—C am Samstag, den 10. Januar,
D—G am Montag den 12. Januar,
H—K am Dienstag, den 13. Januar,
L—Q am Mittwoch, den 14. Januar,
R—Sch am Donnerstag, den 15. Januar,
So—Z am Freitag den 16. Januar.

b) im 1. Stad. Zimmer 38 für Hotel, Anstalten usw. mit Haus-
haltsausweisung:

Die neu erhaltenen Feilarten (Verbraucher- und Gegenarten) sind mit der auf der Marienaußengelarte befindlichen Nummer des Hausboltes, Namen des Haushaltungsvorstandes und Wohnung zu versehen und in der Zeit bis einschließlich Samstag, den 17. Januar bei dem gewählten Pächteranten anzu-

trennung der Kunstschaffenden Lieferanten ihren Geschäftshemmel auf Verbraucher- und Gegenarten, geben die Verbraucherarten den Kunden zurück, sammeln die Gegenarten und legen diese zur amtlichen Zählung und Abstempelung auf dem ehemaligen Museum, Zimmer 43/45 am 19. und 20. Januar vor. Tag und

Streng rituell lebende jüdische Haushaltungen, die rituelles
Ett zu beziehen wünschen, müssen die bei der Kartenausgabe er-

Wiesbaden, den 8. Januar 1920. Der Magistrat. (5533)

Öffene Stellen

Kochinnen
für Privat
sucht
Städt. Arbeitsamt

Unternehmen beteiligen oder
auch ganz übern. Ges. Off.
erb. u. N. 635 a. d. Ges. d.
Stl. Nikolaistraße 11. (48127)

zum 15. Januar gesucht. Monatshilfe vorband. Bachmayer-
straße 14. (49157)

Tüchtiges Alleinmädchen
in kleinen Haushalt bei gutem
Lohn und guter Behandlung
gei. **Fettendorf, St. Burg**

Hober Lohn, gute Kost und Be-
handl. Kochen nicht erforderlich.
Gest. vorst. mit Zengn. Walf-
mästkr. S. 1.

Gartenstraße 32, Dr. Pollen, 4
Gesucht für 15. d. Mts. ein
tüchtiges herrschaftliches
Hausmädchen.

Willy Montag,
Viebrücker Straße 2a. [10]
Monatsfrau
für 2-3 Stunden morgen

Jünger Mann
27 J. alt, der 3 Jahre in der
Türkei gewesen, leb. ohne weibl.

Unterricht

Lebensmittelbezugs-Vereinigung.
Vereinigung der Butterhändler.
Vereinigung der Wiesbadener Fischhändler.

Tiermarkt
Groß. Rattenplischer, 1½ S.
alt, zu verk. bei Bahnwärter
Groß. Ferkel (10.50)

Kupferstiche

b. Bl., Nikolaßstr. 11. | 1898

Hobelbank

Subermünzen
kauft zu hohen Preisen.
H. Förster, Spiegelgasse 1. 2.
Telefon 3200. (45169)

Zwei Federbettsenden
nebst dazu gehörigen Rillen zu
kaufen gesucht. Angebote unter
H. 795 an die Gesch. d. Bl.

Herde Oefen

Zentralbibl. f. Polen u. Verbr.
Wiesbaden, Hochstättenstraße 2
Tel. 1823. 644

Michelsberg 6. [5913]
"usunt: uniona de
Schönhörschkei

Jedermann

Der nimmt ein Kind ab

Abhilfe sofort. Miter u. Ge
müthlich angeben. Ausf. kosten
los. Verkauft Verland Münch
262. Neuenhoferstraße. (N.)

Garantiefchein. Wenn alles nicht
gehoft, machen Sie noch eine
Probefahrt auf Sie werden

Morgen Sonnabend, den 10. Januar

Kunstherfest

beim Prinzen Karneval.

Tischbestellungen werden rechtzeitig erbeten

Unterrichtsbeginn.

Wiesbaden, 7. Januar 1920. Der Magistrat. (653)

Verordnung

Grund der Bestimmungen vom 21. Juni 1917 und 8. Entwurf
1917 (Heftungsblatt S. 513 und 879) von heute ab die am
31.12. 1919 veröffentlichte Verordnung über Einschränkung im
Verbrauch von elektrischer Arbeit und Gas wie folgt verkürzt:

Allgemeine Bestimmungen:

1. Alle Verbraucher von Gas und Elektrizität (Eicht. un

2. Die Beleuchtung von Firmenbildern, die Lichtreklamen und die äußere Beleuchtung von Geschäftshäusern, Hotels, Restaurants, Kaffeehäusern usw. sind verboten.
3. Grobverbrauch von Gas und Elektrizität haben weiteren nachdenklichen Einschränkungsanforderungen des Gas- und des Elek-

2. Ladungseisenbahn ist der Verbrauch von Elektrizität und Gas nur bis zum jeweiligen gesetzlichen Bodenschluß gestattet; der Rest ist von der Volkseisenbahn auf 6 Uhr nachmittags fest

4. Die Straßenbeleuchtung bleibt bis auf weiteres auf dem Brennen der Nihilalaternen beschränkt.

7. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften unterliegen neben dem Entzuge von Gas und Elektrizität dem gesetzlichen Bestrafungen.
8. Die Verordnung vom 31. Dezember 1919 tritt hiermit außer Kraft.

Ausgabe von Lebensmitteln am Samstag, 10. Januar 1923
in den hiesigen Geschäften. Es entfallen auf jede Person mit Aus-
nahme der Selbstverfórger:

Sonnensberg, den 7. Januar 1920.
Der Bürgermeister, J. A. Wagner, 6687/16. (71)

Für Mitglieder freier Eintritt gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte. — Tageskarten für Nichtmitglieder zu 4 und 3 Mk. an der Kasse — Vorverkauf in der Buchhandlung Stadt, Bahnhofstrasse. [318]